

Landesbanken

Nur Zeitgewinn?

Dass im Herbst 2010 das Thema Landesbankenkonsolidierung noch einmal in den Vordergrund rücken würde, konnte angesichts der Brüsseler Fristen für ein diskriminierungsfreies Bieterverfahren zum Verkauf der WestLB keine wirkliche Überraschung sein. Seitdem Friedrich Merz im Juni dieses Jahres von der SoFFin dazu berufen wurde, den Verkaufsprozess als Veräußerungsbevollmächtigter zu befördern, durfte man erst recht von einer deutlich erhöhten Frequenz an vertraulichen Gesprächen und ergebnisoffenen Überlegungen rund um dieses Thema ausgehen. Von gewissen Aktivitäten hinter den Kulissen in den Landesbanken selbst wie auch in der Bundes- und Landespolitik zeugten Anfang September dann die Positionierung des Helaba-Chefs Hans-Dieter Brenner und seines Sparkassenpräsidenten Gerhard Grandke sowie eine gewisse Ungeduld im Bundesfinanzministerium mit dem Stillstand in Konsolidierungsfragen.

Wenn nun die Bayern-LB und die WestLB bekunden, bis zum Ende des Jahres ausloten zu wollen, ob es neben dem seit vielen Monaten schon arg strapazierten Bild einer Partnerschaft von Kranken und Blinden, zwischen beiden Häusern auch hoffnungsvolle Verbindungslinien gibt, so spiegelt das auf Landesbankenebene, Stand September 2010, die sehr überschaubare Zahl der machbaren Konstellationen wider. Die seinerzeit ohne erkennbare Not daherkommenden Einlassungen zu den strategischen Entwicklungsmöglichkeiten der Helaba klingen im Nachhinein wie eine präventive Maßnahme, um nicht in den jetzt gestarteten Prüfungsprozess zwischen München und Düsseldorf hineingezogen zu werden. Und auch die Sympathiebekundungen von Stefan Mappus für das strategische Konzept der Helaba wenige Tage später deuten eher auf ein Spielen auf Zeitgewinn. Denn der baden-württembergische Ministerpräsident zeigte sich Realist genug, um angesichts der Unwägbarkeiten von Stuttgart 21 die Landtagswahl Ende März kommenden Jahres nicht noch mit einem weiteren Projekt zu belasten, dem zumindest auf die vergleichsweise kurze Frist bis zum Stuttgarter Wahltermin ein unkalkulierbarer Ausgang droht.

Nach der gescheiterten Sondierung zur Aufnahme von Fusionsgesprächen, wie es sie Ende 2007/Anfang 2008 zwischen der WestLB und der Helaba gab, gibt es jetzt seitens der WestLB und der Bayern-LB gleich Fusionsgespräche zur Schaffung einer „gemeinsamen Universalbank mit Schwerpunkt in der Unternehmensfinanzierung sowie einer starken Verankerung in der Sparkassenorganisati-

on“. Parallel dazu soll nach heutigem Stand der Dinge am 30. September mit der Schaltung einer Verkaufsanzeige der von Brüssel vorgegebene Verkaufsprozess der WestLB angestoßen werden. Die Ambitionen in Düsseldorf und München klingen freilich alles andere als euphorisch: „Angesichts der Vielzahl der komplexen Fragen“, so heißt es in der gleichlautenden Absichtserklärung beider Häuser, „ist es derzeit offen, ob die Gespräche zum Erfolg führen.“ Zudem gibt es zumindest in der offiziellen Verlautbarung keinerlei Andeutungen, ob sich im Zuge der anstehenden Neuordnung der Deka-Bank-Anteile irgendwelche neue Konstellationen ergeben könnten.

Demonstrieren München und Düsseldorf mit ihrer Initiative also mehr als reine Betriebsamkeit in Richtung Brüssel und Berlin? Für die Bayern-LB bietet sich im Zuge der Fusionsgespräche die günstige Gelegenheit, sich mit den Feinheiten der Düsseldorfer Bad Bank vertraut zu machen. Bei einigen Sparkassen in NRW gibt es eine gewisse Sympathie für ein (flankierendes) Direktbankgeschäft wie es die Bayern-LB-Tochter DKB anbietet. Und auch für die Sparkassenzentralbankfunktion bieten beide Institute zusammen gewiss eine passable Größenordnung. Ob sich im Firmenkundengeschäft indes im Falle einer Fusion neues Potenzial ergibt, muss sicher geübt werden. Es bedarf dazu wie auch bisher schon einer guten Absprache mit den Sparkassen, sich bei Einzelkunden nicht zu sehr ins Gehege zu kommen oder sich allenfalls im Konsortialgeschäft zu unterstützen. Sonst könnte sehr schnell die Zentralbankfunktion Schaden nehmen.

Und noch etwas könnte anders verlaufen als bei früheren verbalen Konsolidierungsrunden: Wenn auch die Verhandlungsphase bei vielen Landesbanken weiter für eine deutliche Rückführung der Risikoaktiva genutzt wird – wie zuletzt schon an den Bilanzsummen sichtbar – ist dies in der Sache ein Fortschritt.

Sparkassen

Demonstrierte Stärke

Es war gut vorbereitet und abgestimmt und ein Zeichen der Stärke wie Helaba-Chef Hans-Dieter Brenner und der Präsident des hessisch-thüringischen Sparkassen- und Giroverbandes, Gerhard Grandke, Anfang September die aufkommende Diskussion um eine beschleunigte Konsolidierung der Landesbanken behandelt haben. Mit klar formulierten Kriterien lehnten sie einen Beitrag der Landesbank nicht ab, machten ihn ob der Ausgestaltung der Ansprüche aber doch nahezu unmöglich. Damit macht man sich zwar nicht beliebt bei

Politik und Kollegen, aber auch nicht angreifbar, schließlich hat man sich einer zumindest politisch gewünschten Konsolidierung nicht verweigert. Und anders als in anderen Bundesländern geht hier in Hessen ohne die Zustimmung der Sparkassen ohnehin nichts, die rund 85 Prozent der Landesbank halten. „Wir tragen nicht dazu bei, einen riesigen Landesbanken-Tanker zu bauen, der um Erträge zu generieren kräftig im Kapitalmarktgeschäft aktiv sein muss“, so Grandke. Nein, die Hessen sind sich selbst genug, und was da so auf dem Markt ist, ist (noch) nicht gut genug.

Gleichzeitig ist der politisch erfahrene hessische Sparkassen-Präsident überzeugt, dass die Kreditwirtschaft „schrumpfen muss“. Sie habe sich von der Realwirtschaft losgelöst und Größenordnungen erreicht, die weder gerechtfertigt noch beherrschbar sind. Auch dieses Problem löst man nicht mit Fusionen – im Gegenteil. Das „to big too fail“-Thema sei zudem weder mit dem durch die Bankenabgabe anzusparenden Sicherungsfonds, noch mit den europäischen Überlegungen zu einer einheitlichen Einlagensicherung für alle Banken zu bewältigen, nur mit kräftigen Schrumpfkursen vor allem für die großen Institute. Hierbei könnten auch Überlegungen in Richtung eines Trennbankensystems nicht ganz ausgeschlossen werden.

Stark fühlen sich die hessischen und thüringischen Sparkassen auch mit Blick auf ihre Zahlen. Per 30. Juni legten die Spar-Einlagen und täglich fälligen Gelder jeweils zu, insgesamt gingen die Einlagen gegenüber dem Vorjahresrekord leicht um 1,8 Prozent zurück, was an den kräftigen Einbußen bei Eigenemissionen und Termineinlagen liegt. Das ist aber nicht weiter schlimm, denn im Verbandsgebiet beläuft sich der Einlagenüberhang noch auf stolze 24 Milliarden Euro. Die Kredite an Unternehmen stiegen im selben Zeitraum um knapp drei Prozent. Das Eigenkapital erhöhte sich um 2,9 Prozent auf nunmehr 5,6 Milliarden Euro.

Auf der Ertragsseite rechnet der Verband bis Jahresende für seine Mitglieder mit einem Anstieg des Zinsüberschusses um rund drei Prozent und des Provisionsüberschusses um etwa 1,6 Prozent. Grandke geht nicht von einer raschen Zinswende aus, denn es gebe eine weite Interessenlage, die Zinsen nicht zu erhöhen, nicht zuletzt aufgrund der enorm gestiegenen Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Da auch ein Anstieg der Risikoversorge „schlicht nicht stattfindet“, können sich Hessens Sparkassen zurücklehnen und in Ruhe die Dinge beobachten, die sich da um sie herum bewegen.

Wenn da nur nicht die stete Verschärfung der regulatorischen Vorschriften und so mancher Unruhestifter wäre. Die „starken Worte von Herrn Stark“ stießen bei Grandke jedenfalls auf großes Unver-

ständnis. Der EZB-Chefvolkswirt hatte den Sparkassen dringend geraten, sich nach privaten Investoren umzusehen und stellte einen erheblichen Kapitalbedarf für die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt fest. Diese Forderungen seien nicht nachvollziehbar, und es gebe so kurz nach dem Stresstest keinen Anlass dessen Ergebnisse anzuzweifeln, so Grandke. Ob die überraschende Kapitalerhöhung der Deutschen Bank hier das Bild ein wenig verändert hat?

Deutsche Bank

Geschickte Ablenkung

Deutsche Geldhäuser wissen zu überraschen. Dabei gelingt es ihnen trefflich, die interessierte Öffentlichkeit zu irritieren, weil diese (immer noch) nicht so recht weiß, ob die Nachrichten gut oder schlecht sind. So schafft es die reichlich gescholtene Hypo Real Estate mit einem zusätzlichen staatlichen Garantiedarf von 40 Milliarden Euro – bei bereits bestehenden knapp 100 Milliarden Euro Garantien – erneut zu schockieren. Dass die Garantien nur kurzfristig für die Übertragung von Vermögenswerten auf eine Bad Bank benötigt werden, kommt erst mit einiger Verspätung in den Köpfen an. Die schlechte Nachricht scheint also doch nicht so schlecht zu sein.

Nur wenige Tage zuvor ließ die Deutsche Bank verlauten, dass sie zehn Milliarden Euro via Kapitalerhöhung einsammeln möchte. Dass die bisher größte Kapitalerhöhung einer Bank in Kontinentaleuropa so holterdiepolter mitgeteilt und eiligst vor Analysten und Presse verkündet wurde, war wohl oder übel die schnelle Klarstellung von Nachrichten und Gerüchten, die bereits kurz zuvor an den Kapitalmärkten die Runde machten. Offensichtlich hatte es bei den Vorbereitungen eine undichte Stelle gegeben.

Dass Banken künftig mehr Eigenkapital vorhalten müssen, ist erwartet worden. Es ist wohl kein Zufall, dass die Deutsche Bank ihre Kapitalerhöhung ankündigte nur wenige Stunden bevor der Baseler Ausschuss die neuen Kapitalanforderungen an Banken bekannt gab. Damit heimste die „blaue“ Bank durchaus viel Lob als cleverer First Mover ein, weil sie es verstanden habe, Gelegenheiten beim Schopfe zu packen. Tatsächlich rückt sich das größte deutsche Kreditinstitut damit im Buhlen um frisches Kapital gekonnt ins Rampenlicht. Aber ist das vorgetragene Selbstbewusstsein wirklich so beeindruckend? Es zeigt sich bei genauerem Hinsehen, doch eine Menge Unsicherheit. Denn zehn Milliarden Euro neuer Kapitalbedarf sind kein Pappstiel und wollen gut begründet sein.

Genau bei den Gründen hat es der Vorstand exzellent verstanden, mit der Mehrheitsübernahme der Postbank abzulenken. Denn dass es für ein befreiendes Übernahmeangebot nur ein schmales Zeitfenster gibt, war schon lange vorher bekannt. Wenn die Deutsche Bank zu ihren knapp unter 30 Prozent an der Postbank im kommenden Februar von der Deutschen Post weitere 40 Prozent übernimmt, hätte sie den übrigen Aktionären ein Kaufangebot zum gleichen Kurs unterbreiten müssen. Pro Titel wären das 45 Euro gewesen. Für die jetzige Übernahmeofferte legte die BaFin jedoch nur 25 Euro pro Aktie fest. Die Deutsche Bank spart so 1,7 Milliarden Euro, lässt sie ihre Aktionäre wissen – vorausgesetzt die Kapitalerhöhung gelingt und die freien Postbank-Aktionäre akzeptieren den jetzt aufgerufenen Preis.

Geflüssentlich wird jedoch verschwiegen, dass die Postbank derzeit keine sechs Milliarden Euro wert ist. Um von den freien Aktionären wie geplant mindestens 21 Prozent zu übernehmen, müssen also nur 1,15 Milliarden Euro veranschlagt werden. Selbst für die Postbank-Anteile, die im Februar von der Deutschen Post übernommen werden sollen, sind „nur“ 3,9 Milliarden Euro nötig. Also wofür braucht die Deutsche Bank so viel frisches Kapital? Von den zum Jahresende 2009 noch vorhandenen freien Mitteln, die sich auf sieben Milliarden Euro belaufen haben sollen, ist nach den Zukäufen der vergangenen Monate offensichtlich wenig übrig geblieben. So waren zum Beispiel 700 Millionen Euro für Teile des Commercial Banking von ABN Amro fällig, die Beteiligung an der Hua Xia Bank kostete 636 Millionen Euro und der Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe schlug mit einer Milliarde Euro zu Buche. Indem sich die Deutsche Bank jetzt mit Kapital eindeckt, erntet sie zwar Anerkennung für den Mut oder auch die Fähigkeit zu einem Schritt dieser Größenordnung. Sie verunsichert jedoch auch und nährt Zweifel an der Nachhaltigkeit ihres Wachstums.

Basel III

Nichts passiert?

Als „Kernstück der neuen bankaufsichtlichen Regeln“ hat Franz-Christoph Zeitler die am zweiten Septemberwochenende in Basel beschlossenen aufsichtlichen Anforderungen an das Eigenkapital bezeichnet. Und in der Tat bedeutet die in der Endstufe im Jahre 2019 um das 3,5-fache gesteigerte Ausstattung an hartem Kernkapital die in der Branche ohnehin erwartete und in der Praxis teilweise schon antizipierte deutliche Verschärfung der bisher geltenden Vorschriften. Aber die noch offenen Fragen, die der für Banken und Finanzaufsicht zu-

ständige Vizepräsident der Deutschen Bundesbank ansprach, die Hinweise auf den ständigen Überprüfungsbedarf sowie die Option auf möglicherweise notwendige Nachjustierungen lassen vermuten, dass die Regulatoren auch in den kommenden acht Jahren sehr intensiv damit beschäftigt sein werden, die Wirkungen der jeweils gültigen Beschlusslage zu überprüfen. Denn es geht eindeutig um die Schaffung neuer Rahmenbedingungen und damit auch um mögliche Eingriffe in den Bankenwettbewerb.

Ob im Zuge der Umsetzung das theoretisch so leicht propagierbare Level Playing Field geschaffen werden kann, ist hinsichtlich der historisch gewachsenen und damit sehr unterschiedlichen Bankenstrukturen in den einzelnen Ländern jedenfalls längst nicht ausgemacht. Aus heutiger Sicht ist es schon recht schwer absehbar, inwieweit die Übergangszeiten ausreichen, die bisher anerkannten Kernkapitalbestandteile nun in andere zu wandeln, die den neuen Anforderungen gerecht werden. Wie steht es darüber hinaus mit einer Neutralisierung der Wirkungen der unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften? Funktioniert die Kapitalbeschaffung für die nicht börsennotierten Banken? Mit welchen zusätzlichen Regelungen lässt sich die unterschiedliche Systemrelevanz der einzelnen Banken und Institutsgruppen berücksichtigen? Gelingt es in weiteren Regulierungsschritten die ebenfalls beschlossene Leverage Ratio in Höhe von drei Prozent wirklich risikodämpfend in den Regulierungsrahmen einzubringen? Und befördern die neuen Eigenkapitalregeln für die Kreditwirtschaft nicht zwangsläufig Ausweichreaktionen in das unregulierte Schattenbankensystem?

Dass all diese Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung auch der Deutschen Bundesbank gewahr sind, lässt sich andeutungsweise der Stellungnahme nach den Baseler Beschlüssen entnehmen und wurde von Franz-Christoph Zeitler und seinem Zentralbereichsleiter Erich Loeper auch verbal noch einmal bekräftigt.

Gleichwohl ist nun auf regulatorischer Ebene ziemlich exakt zwei Jahre nach der Lehman-Pleite eindeutig etwas passiert. Die Zielvorgaben für die künftige Eigenkapitalausstattung stehen, es sind darüber hinaus noch eine ganze Reihe von flankierenden Projekten auf der Agenda der Regulatoren. Und es wurde viel über die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in verschiedenen Kreditinstituten und/oder Ländern nachgedacht. Wie sich in der komplexen Wirklichkeit die möglichen Wirkungszusammenhänge im Zusammenspiel aller Maßnahmen auswirken werden, lässt sich damit allerdings längst noch nicht seriös in Modellrechnungen erfassen. Und man wird sehr gut hinschauen müssen, wie die einzelnen Länder be-

Basel III: Stufenweise Einführung und Übergangsregelungen (Mindestquoten)

Jahr	Hartes Kernkapital	Hartes Kernkapital inklusive Conservation Puffer	Gesamtes Kernkapital	Ergänzungskapital	Gesamtkapital
2013	3,5	unverändert (3,5)	4,500	3,5	8,000
2014	4,0	unverändert (4,0)	5,500	2,5	8,000
2015	4,5	unverändert (4,5)	6,000	2,0	8,000
2016	4,5	5,125	6,625	2,0	8,625
2017	4,5	5,750	7,125	2,0	9,125
2018	4,5	6,375	7,875	2,0	9,875
2019	4,5	7,000	8,500	2,0	10,500

Quelle: Deutsche Bundesbank

ziehungsweise Regionen die eingeräumten Gestaltungsspielräume nutzen.

Bei den deutschen Bankengruppen ist übrigens – trotz aller Unterschiede in der aktuellen Beurteilung der Basel-III-Regeln – in einem Punkt demonstrative Einigkeit zu spüren. Erst einmal müssen alle Länder, also auch die USA, bis 2011 die Basel-II-Regeln umgesetzt haben. Sonst wird Basel-III zu einer Fortschreibung von Wettbewerbsverzerrungen.

wenig trösten, dass neben den privaten Banken auch die Landesbanken tangiert sind.

Zu einem persönlichen Resümee zur eigenen Gefühlslage mochte sich Manfred Weber nicht locken lassen. Aber mit Blick auf die anstehenden Sachfragen der neuen Basel-III-Regelungen verdeutlichten schon seine einleitenden Bemerkungen, dass die Zeiten beim BdB für seinen Nachfolger Michael Kemmer ebenso spannend bleiben dürften wie die eigenen. „Es geht um viel. Was die Aufseher und Regulatoren und letztlich die Politik, jetzt und demnächst beschließen, wird auf Jahre hinaus bestimmen, wie stabil und krisenresistent die Finanzmärkte und die Banken künftig sein werden...“ So skizzierte Weber die möglichen Auswirkungen der künftigen Eigenkapitalquoten der Banken auf die hiesige Branchenstruktur. Und mit seinem von volkswirtschaftlichem Sachverstand geprägten Blick fürs Ganze verweist er zu Recht auf mögliche Folgewirkungen, etwa auf neue Marktbedingungen, Konditionen und Instrumente in der Unternehmensfinanzierung und im Kapitalmarktgeschäft mit dem Mittelstand.

Private Banken

Stiller Wachwechsel

Es war ein betont sachlich geprägter Abschied von Manfred Weber von der Frankfurter Wirtschaftspresse. Zwar waren bei der turnusmäßigen Vorstellung des Bankenberichts 2010 der privaten Banken viele Themen auf der Agenda, mit denen sich der nun schon ehemalige Geschäftsführende Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken über viele Jahre hin in der interessewahrenden Argumentation und zuweilen auch der kämpferischen Pose geübt hat. Doch kurz vor dem Wachwechsel als führender Lobbyist der privaten Banken waren allzu bissige Seitenhiebe gegenüber der nationalen und internationalen Politik sowie den Interessenvertretern anderer (Banken-)Verbände nicht mehr angesagt. In Einzelfragen wie dem konkreten Kapitalbedarf der deutschen Banken im Lichte der neuen Basel-III-Regeln wollte er sich nicht mehr einmischen.

Selbst von der unbedingten Überlegenheit der eigenen Sache der privaten Banken hat Weber gewisse Abstriche gemacht. Denn in der jüngsten Krise, das weiß er nur zu gut, wären auch BdB-Institute ohne die massive Hilfe beziehungsweise Beteiligung des Staates nicht überlebensfähig gewesen. So konstatiert er in seiner aktuellen Bestandsaufnahme als Schwächen des hiesigen Finanzplatzes dessen geringe Effizienz und unzureichende Profitabilität. Und betroffen sieht er davon Kreditinstitute aller Couleur, insofern wird es ihn

Mit der großen Bandbreite der Interessen innerhalb des heterogenen Verbandes der privaten Banken wird künftig Michael Kemmer zu ringen haben. Die großen Häuser können ihre Anliegen vor der Politik in Berlin und Brüssel in eigener Regie vertreten, teilweise eher gegen denn miteinander. Sie brauchen der Größenordnungen wegen nur bedingt gemeinschaftliche technische Plattformen zur Abwicklung ihrer Geschäfte. Und viele private Banken aller Größenordnungen begegnen sich immer wieder im harten Wettbewerb beim Kunden. Manfred Weber hat in diesem Dilemma immer engagierte Arbeit geleistet, meist mit sicherem Gespür für die richtigen Themen, manchmal vielleicht ein wenig zu penetrant. Vermutlich ist er schon bald ganz froh, seinen geschulten analytischen Blick in Zukunft unbefangener auf die Gesamtzusammenhänge richten zu können. Jeder Neue – jetzt also Michael Kemmer – muss in diesem sensiblen Geschäft der Interessenbündelung von an sich eigensinnigen Banken seine eigene Linie finden – soweit man ihn denn lässt.